Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Ollenhauer, Berlin.
Fernsprecher: Amt Stadtmitte 4000/4009

Anschrift für Zeitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Zeitungs-Straße 6
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Zeitung erscheint in Berlin.
Der Bezug ist auf direkt [illegible] Zeitungen in Berlin SW 68, Zeitungs-Straße 6 [illegible]

Berlin, den 3. Dez. 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Schleichers Kabinett.

Neue Spitze - Alter Kurs..

SPD. Das Kabinett Schleicher ist gebildet. Es besteht fast ausschliesslic aus Ministern der Regierung Papen, durchweg Männer deutschnationaler Couleur. Vielleicht fühlen sie sich Hugenberg nicht derart verpflichtet wie Papen und Gayl, die Opfer des hinter uns liegenden Krisenspiels. Dass sie rechtsgerichtet sind, politisch deutschnational fühlen und denken, das zu bestreiten wäre für Herrn Schleicher und seine Mitarbeiter sicherlich eine Beleidigung.

Ueber den politischen und wirtschaftlichen Kurs der neuen Regierung kann also für die Sozialdemokratie kein Zweifel bestehen, und wenn die Herren gegenwärtig noch soviel von "Versöhnung" und "Bereinigung" reden, im Anfang noch so vorsichtig taktieren und lavieren mögen, die Grundlinie ihrer Politik wird durch ihre Gesinnung bestimmt. Sie bezeichnen sie als "überparteilich", wir als deutschnational. Aus dieser Gesinnung wurde die Papen-Regierung geboren, aus dieser Gesinnung heraus machte sie Politik. Zwar ist Papen verschwunden aber die Barone bleiben. Sie sind es, die Papen die Phrase vom "Wohlfahrtsstaat" reden liessen, die mitverantwortlich sind für die Gewalt-Aktion gegen Preussen und die, wie Schleicher, mit als Urheber dieser Aktion zeichnen. Selbst wenn an ihrem reaktionären Kurs auch nur noch der geringste Zweifel möglich wäre, er würde durch die Ernennung des Herrn Bracht zum Reichsinnenminister behoben.

Dieser Herr Bracht ist der Mann des 20.Juli. Er ist das Ebenbild des Mannes, der ihn berufen, dessen Reden er nachgeplappert und mit dem er durch Dick und Dünn gegangen ist, bis es mit der Zeit auch ihm geboten schien, den Mann seiner Karriere im Stich zu lassen. In seiner Eigenschaft als Reichskommissar hat Bracht uns gezeigt, wer er ist. Er ist für Preussen, was Papen für das Reich war. Er ist der Mann, der keine Republikaner mag, der sich "überparteilich" vorkommt und doch während seiner Tätigkeit als Preussen-Kommissar sein höchstes Ziel darin erblickte: deutschnationale Korpsstudenten zu fördern und Beamte wiedereinzusetzen, die wegen ihrer monarchistischen und republikfeindlichen Sabotage aus den Ämtern entfernt worden waren. Die Art, wie dieser Herr Bracht verdiente Männer wie Otto Braun und Karl Severing in den letzten Monaten behandelt hat, wie er sich Rechte anmasste, die ihm nach dem eindeutigen Urteil des Staatsgerichtshofes niemals zustanden, hat in der repulbikanischen Bevölkerung eine Empörung hervorgerufen, die hinter dem Hass gegen Papen um nichts zurücksteht. Ausgerechnet dieser Mann, der mit Papen den Charakter, die Gesinnung und den Tatendrang eines Herrenreiters gemein hat, ausgerechnet diesen Mann präsentiert die Schleicher-Regierung als Innenminister des Reiches. Ist das die "Versöhnung" des neuen Reichskanzlers, ist das die angekündigte "Bereinigung" des Preussenkonflikts? Schlimmer als durch die Ernennung Brachts zum Innenminister konnte Herr von Schleicher die viel

gepriesene "Versöhnungs"-Politik kaum verhöhnen.

Der einzige Mann der neuen Regierung, der uns vielleicht versöhnlich stimmen könnte, ist der Reichsarbeitsminister, der bisherige Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup. Auch er ist kein Vertrauensmann der Arbeiterschaft, wie die Regierung Schleicher überhaupt peinlich darauf bedacht gewesen ist, den Gewerkschaften bei ihrer Zusammensetzung keinerlei Konzession zu machen. Syrup kommt aus der Gewerbeaufsicht, war Präsident der Reichsarbeitsverwaltung und wurde mit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung Präsident der Reichsanstalt. In seiner langjährigen Tätigkeit hat er sich stets bemüht, mit den Gewerkschaften loyal zusammenzuarbeiten. Das aber kann an unserem Gesamturteil über die Regierung Schleicher nichts ändern. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!

Eine Reichsregierung mit Bracht bedeutet im Vergleich zu dem Papen-Kabinett die Ablösung einer Provokation durch die andere. Es war und ist der Wille des Volkes, dass Papen mit seinen Baronen und Bracht verschwinden sollte. Stattdessen kehren die Papen-Barone mit Bracht unter anderer Führung wieder. Die Fronten sind damit klar: Der Kurs bleibt der alte, unsere Kampfstellung die gleiche wie bisher!

SPD. Breslau, 3.Dezember (Eig.Drahtb.)

Als eine Ermunterung für neue Heldentaten muss den Nazi-Studenten das Urteil des akademischen Disziplinargerichtes gelten, das am Sonnabend gegen die Rowdies der jüngsten Breslauer Universitätskrawalle gefällt worden ist.

Es hatten sich zehn als Hauptunruhestifter ermittelte Studenten zu verantworten. Sie erhielten einen Verweis mit der Androhung der Entfernung von der Universität. Gegen einen der 10 Studenten wurde auf Nichtanrechnung des laufenden Halbjahres auf die vorgeschriebene Studienzeit erkannt. Unter den Bestraften befindet sich auch ein sozialistischer Student, dem zum Vorwurf gemacht wurde, dass er einem von 20 Hakenkreuzkrakeelern angegriffenen und schwer bedrohten Kommilitonen zur Hilfe geeilt war.

SPD. Der Reichspräsident hat am Sonnabend den Reichsminister General der Infanterie von Schleicher zum Reichskanzler ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministers beauftragt. Reichskanzler von Schleicher ist gleichzeitig für die Dauer der Verordnung vom 20.Juli 1932 (Reichsgesetzblatt 1 S.377) zum Reichskommissar für das Land Preussen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Bracht zum Reichsminister des Innern, den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Geheimen Regierungsrat Dr. Syrup zum Reichsarbeitsminister. Ferner bestätigte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Freiherr von Neurath in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen, den Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk als Reichsminister der Finanzen, den Reichsminister Dr. Gürtner als Reichsminister der Justiz, den Reichsminister Freiherr Eltz von Rübenach als Reichspost- und Reichsverkehrsminister sowie den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Ausserdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages Landrat Dr. Gereke zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Die Entscheidung über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bleibt noch vorbehalten.

SPD. Breslau, 3.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die Zivilkammer des Landgerichtes in Hirschberg hat die Widerklage des Stahlhelm-Hauptmannes v. Sydow gegen den Nazi-Abgeordneten Heines abgewiesen.

Sydow hatte während des Wahlkampfes eine Broschüre gegen die Nazis geschrieben und verbreiten lassen, in der dem schlesischen SA-Führer Heines und seinem Standartenführer Koch gleichgeschlechtliche Veranlagung und Betätigung vorgeworfen wurde. Heines erwirkte eine einstweilige Verfügung, die die Weiterverbreitung dieser Flugschrift verbot. Hiergegen erhob v. Sydow Einspruch. Vor Gericht wurden zahlreiche eidesstattliche Versicherungen vorgelegt, u.a. von General Ludendorff, die die Behauptungen von Sydow bestätigten. Auch ein persönlich vor Gericht erschienener früherer SA-Mann belastete Heines und Koch aufs schwerste. Dieser Zeuge wurde jedoch nicht vereidgt und Heines beschwor, sich niemals gleichgeschlechtlich vergangen zu haben noch derart veranlagt zu sein. Das Gericht glaubte aber dem beschuldigten Heines und nicht den zahlreichen Belastungszeugen.

Die Öffentlichkeit schüttelt den Kopf über den Ausgang dieses Zivilprozesses.

SPD. Stuttgart, 3.Dezember (Eig.Drahtb.

Der Führer des Stuttgarter SS-Sturmes Reissing und ein ehemaliger Polizeiwachtmeister sind im Gerichtssaal wegen Verleitung zum Meineid und Meineid verhaftet worden.

Reissing, einer der rohesten und gewalttätigsten Gesellen des Stuttgarter Nazilagers, stand am Sonnabend wiederum wegen zweier Vergehen vor Gericht. Zu seiner Entlastung hatte er als Zeugen einen ehemaligen Polizeiwachtmeister beigebracht, der jetzt aktiver Nazimann ist. Seine Aussagen waren so verlogen, dass ihn der Staatsanwalt sofort wegen Verdachts des Meineids verhaften liess. Ebenso wurde Reissing, der wegen Nötigung drei Wochen Gefängnis erhielt, wegen Verdachts der Verleitung zum Meineid in Haft genommen. Als Justizbeamte ihn abführen wollten, erging er sich in den heftigsten Bedrohungen und Beschimpfungen gegen den Staatsanwalt.

SPD. Stockholm, 3.Dezember (Eig.Drahtb.

Die von der Regierung geplanten Valutabeschränkungen, die seinerzeit von der Opposition heftig bekämpft wurden und den unmittelbaren Anlass zur Reichstagsauflösung bildeten, sind auch im neuen Folkething der Stein des Anstosses geblieben. Die Verhandlungen im Valuta-Ausschuss sind infolge der unverändert ablehnenden Haltung der Opposition auf dem toten Punkt angelangt, sodass die Möglichkeit einer neuen Reichstagsauflösung ernstlich erwogen wird. Von einigen Blättern wird bereits der 21.Dezember als Wahltag genannt.

SPD. Braunschweig, 3.Dezember (Eig.Dr.)

Nazi-Klagges hat seinen Kampf gegen Rektor und Senat der Technischen Hochschule verloren. Der Held und Führer des Braunschweiger Dritten Reiches ist auf dem Weg zu einem erbärmlichen Rückzug.

Um seinen Ministerposten nicht zu verlieren, hat Klagges in ein von deutschnationalen Koalitionsbrüdern herbeigeführtes Kompromiss eingewilligt. Er wird den Kanossaweg zu den Hochschulbehörden antreten und persönlich bei Rektor und Senat Abbitte leisten und sich entschuldigen. Damit wollen sich Rektor und Senat begnügen und die Streitaxt begraben, nachdem sie auch in

der Sache gesiegt haben. Der Unterführer von Klagges, der Nazi-Student Gille, bleibt auf der Strecke. Da er bereits wegen einer Unterschlagung im Gefängnis gesessen und deshalb relegiert worden war, hat der Vorstand der Deutschen Studentenschaft diese Tatsachen hervorgeholt, um Gille von seinem Posten als Leiter des Kreises 3 der Studentenschaft abzusetzen.

SPD. Warschau, 3.Dezember (Eig.Drahtb.)

Grösste Sensation haben in Polen mehrere Presseerklärungen des früheren polnischen Ministerpräsidenten und Sejmabgeordneten Witos hervorgerufen, der bisher als einer der gemässigten Bauernführer galt. Alle Erklärungen zeigen eine vollkommen klare und eindeutige Schwenkung von Witos nach links, was für die Zukunft auf eine noch stärkere Radikalisierung der Bauernmassen hindeutet.

In einer dieser Erklärungen fordert Witos eine entschädigungslose Enteignung des gesamten polnischen Grossgrundbesitzes. Nur auf diese Weise, so meint Witos, könne die ganze furchtbare Not des polnischen Bauerntums gelindert werden. Der Kapitalismus habe endgültig abgewirtschaftet. Wer das nicht sehe, sei blind. Unabhängig davon schlägt Witos einen engeren Zusammenschluss der polnischen Volkspartei, deren Führer er ist, mit der polnischen sozialistischen Partei vor. Die gesamte polnische Linke solle dann gemeinsam, zum Zeichen des Protestes gegen das gegenwärtige Regime und um jede Verantwortung für das Geschehen in Polen demonstrativ von sich zu wälzen, auf ihre Parlamentsmandate verzichten.

SPD. Paris, 3.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der "Paris Midi" veröffentlicht unter dem Titel "Der Preis der Wiederannäherung" die Schlussfolgerungen einer Enquête, die einer seiner Redakteure in Italien über die französisch-italienische Verständigung angestellt hat. Diese Ausführungen verdienen umso grösseres Interesse, als in letzter Zeit in Frankreich von der Regierung und der Presse krampfhafte Anstrengungen zur Wiedereroberung der italienischen Freundschaft unternommen worden sind.

Dem französischen Journalisten ist von einer hochgestellten Persönlichkeit in Rom erklärt worden, dass die Wiederannäherung der beiden Länder, abgesehen von einem besseren und sympathischeren Verständnis der Völker und ihrer Diplomaten, nur das Ergebnis eines Handelsgeschäfts sein könne. Bei diesem Geschäft handele es sich nicht um eine Rückgabe von Nizza, Savoyen und Korsika an Italien und auch nicht um eine Verständigung über die tunesische Frage, die bereits im Prinzip erzielt sei, sondern Italien verlange einen Anteil an der Teilung Afrikas. Italien besitze nur die "verbrannten Steine von Tripolis und die Lybische Wüste". Bisher seien alle Wünsche auf Ausdehnung seines Einflusses in Afrika auf den unweigerlichen Widerstand Frankreichs gestossen. Italien habe z.B. Interessen und Sympathien in Abessinien. Diese Frage sei den französischen Regierungen unterbreitet worden, aber Italien habe nicht die erwartete moralische Unterstützung gefunden. Italien brauche eine Durchgangsstrasse durch Afrika, einen Weg für die Durchdringung und Bevölkerung Afrikas. Das Kolonialproblem sei für Italien eine Lebensfrage.

Ferner wünsche Italien die Unterstützung Frankreichs auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet. Eine Verständigung darüber sei unter dem Kabinett Steeg schon im Gang gewesen. Es handele sich für Italien vor allem um Erleichterungen für die Auflegung von Anleihen und für die Erlangung ausländischer Kredite sowie um eine Zollentente, die den Warenaustausch zwischen beiden Ländern erhöht. Als Gegenleistung für alle diese Forderungen würde Italien bereit sein, mit Frankreich zusammenzugehen, andernfalls würde es gegen Frankreich arbeiten.

SPD. Washington, 3.Dezember (Eig.Ber.)

Das Bundes-Staatsdepartement hat dieser Tage zahlreiche offizielle Dokumente aus der Zeit der russischen Kerensky-Regierung in Buchform veröffentlicht, die ein bezeichnendes Licht auf die Haltung Amerikas gegenüber Russland in den beiden letzten Kriegsjahren werfen. Waren die Bemühungen, Russland unter allen Umständen bei der Stange zu halten, schon früher bekannt, so enthüllt sich erst jetzt in vollem Ausmasse die grosszügige Kreditgebarung Amerikas, mit der man die Russen in der alliierten Front zu halten hoffte. Allein von Mai bis November 1917, also während der Amtsdauer der provisorischen Regierung, wurden mehr als 300 Millionen Dollar Kredite bewilligt, die in der Hauptsache zur Bezahlung von Material und Munitionslieferungen und zu geringerem Masse zu Lohnzahlungen an die "unzufriedenen Soldaten und Seeleute" dienten. Es waren die amerikanischen Lieferanten, die in erster Linie von diesen Krediten profitierten. Eine Empfehlung des amerikanischen Botschafters in Petrograd, der Kerensky-Regierung weitere 100 Millionen Dollar "zur Aufmunterung der Stimmung im Lande" vorzuschiessen, kam zu spät und wurde durch die siegreiche bolschewistische Revolution zunichte gemacht. Unzweifelhaft werden diese Summen trotz der formalen Aberkennung der russischen Staatsschulden durch die Sowjets eine entscheidende Rolle bei der künftigen Anerkennung Sowjet-Russlands durch Washington spielen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Am Sonnabend mittag 12.30 Uhr fand die letzte Sitzung des alten Reichskabinetts statt, in der sich Reichskanzler von Papen von seinen bisherigen Mitarbeitern verabschiedete und ihnen herzlich für die treue Zusammenarbeit dankte. In seiner kurzen Ansprache bat er diejenigen Reichsminister, die im Kabinett verbleiben, in der gleichen Weise, wie es ihm gegenüber der Fall gewesen sei, auch mit seinem Freunde und Nachfolger Herrn von Schleicher zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Als Dienstältester widmete Reichsminister von Neurath dem scheidenden Kanzler herzliche Worte des Abschieds. Sodann verabschiedete sich Reichskanzler von Papen von den Beamten und Angestellten der Reichskanzlei, die er seinem Nachfolger vorstellte.

SPD. Dresden, 3.Dezember (Eig.Dr.)

Die Finanzlage der Stadt Dresden verschlechtert sich von Monat zu Monat. Das letzte Sechstel des Novembergehaltes kann den städtischen Beamten erst am 8.Dezember ausbezahlt werden. Es ist noch nicht abzusehen, wann und wie die Stadt die sechs Raten für das Dezembergehalt flüssig machen kann.

SPD. Breslau, 3.Dezember (Eig.Ber.)

Das Sondergericht in Ratibor verurteilte den aus Leobschütz gebürtigen SA-Mann Herbert Olscher wegen Körperverletzung und Beleidigung eines Polizeibeamten zu 13 Monaten Zuchthaus. Der Verurteilte hatte am 13.August d.J. einen Reichsbannermann niedergeschlagen und ihm schwere Verletzungen beigebracht. Nach seiner Verhaftung drang der Nazi-Mann auf der Polizeiwache auf einen Wachtmeister ein. Kurze Zeit nach der Tat konnte Olscher fliehen. Er wurde zwei Monate später in Thüringen wieder festgenommen.

Der Nazistandartenführer Werner Jaenke wurde vom Görlitzer Schöffen-

gericht wegen fahrlässiger Tötung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte am 1.August im Geschäftszimmer des Braunen Hauses in Görlitz seinen Revolver gereinigt und versehentlich den Naziadjutanten Franz Winkler erschossen. 150 RM. Geldstrafe für einen Todesschuss - so glimpflich pflegen nur Nazis vor deutschen Gerichten davonzukommen!

SPD. Wien, 3.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die Brutalitäten der Hakenkreuzstudenten Österreichs haben am Sonnabend-Abend dazu geführt, dass die offizielle deutsche Studentenschaft in Österreich, die eine Teilorganisation der allgemeinen reichsdeutschen Studentenschaft ist, gesprengt wurde. Zwischen den Hakenkreuzstudenten und den katholischen Studenten war es in letzter Zeit wiederholt zu Konflikten gekommen, da die Hakenkreuzler die katholischen Studenten an allen österreichischen Universitäten brutal geprügelt und niedergeschlagen haben. Am Sonnabend fand an der Wiener Universität eine Protestversammlung der katholischen Studenten statt. Nach dieser Versammlung wurden die Studenten wieder von Hakenkreuzlern in SA-Uniformen überfallen und niedergeschlagen. Hierauf beschloss die katholische Studentenschaft, aus der deutschen Studentenschaft auszutreten, die damit als die offizielle Vertretung der Studentenschaft der Universitäten gesprengt und aufgelöst ist. Auch die Beziehung zur reichsdeutschen Studentenschaft ist damit in Frage gestellt.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Bullerjahn freigesprochen!

Aber nur wegen Mangels an Beweisen.

SPD. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verkündete am Sonnabend mittag 12.30 Uhr unter starkem Andrang das Urteil im Landesverratsprozess Bullerjahn: "Der Angeklagte wird unter Aufhebung des Urteils des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 11.Dezember 1925 freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last". Der Reichsanwalt hatte gegen den Angeklagten 12 Jahre Zuchthaus beantragt,

Die Begründung.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende,Senatspräsident Bünger,aus: Die Freisprechung Bullerjahns ist mangels ausreichenden Beweises erfolgt. Bullerjahn erscheint dem Gericht auch heute noch in nicht unerheblichem Masse verdächtig. Die in der früheren Verhandlung festgestellten Tatsachen wurden diesmal nur in ganz geringem Umfang herangezogen. Das war umso eher möglich,als sich im Gegensatz zu anderen Wiederaufnahmeverfahren zeigte, dass wertvolles Material im Laufe der Zeit nicht verloren gegangen ist. Von wichtigen Zeugen fehlte eigentlich nur der verstorbene Direktor Hellwig. Bei den Zeugen, die jetzt zum zweitenmal vernommen wurden,machte sich störend die vielfache Umbildung ihrer Auffassung bemerkbar.

Der Hauptzeuge von Gontard wurde eingehend und oft vernommen. Er kann jetzt also nicht mehr als "Zeuge vom Hörensagen" gelten. Merkwürdig war,dass sich der Zeuge von Gontard nach so vielen Jahren noch ganz genau an den Wortlautdes Gesprächs mit den Engländern über den Verrat erinnern wollte. Im übrigen war die Aussage viel zu unbestimmt. Der Zeuge hat nur Gehörtes berichtet.

Ein Schuldbeweis konnte nicht geführt werden. Vorbereitungen von langer Hand sind nicht erwiesen. Man kann auch nicht sagen,dass der Angeklagte nach seinem Vorleben, seiner Abstammung und seiner Erziehung ein Landesverräter von Profession ist. Aber die Drohungen, die Bullerjahn, der im Falle der Wittenauer Schrottschiebungen zu Unrecht im Werke belastet und damit verärgert worden ist, gegen die Wittenauer Direktion ausstiess, müssen belastend gewertet werden. Diese Drohungen erfolgten kurz vor dem Besuch der Kontrollkommission.Der Verdacht verstärkt sich durch den "Komplex Horstweg". Bullerjahn war zweimal im Horstweg, in der Strasse, in der Leutnant Jost wohnte - aber die Frage nach dem Grund seiner Besuche im Horstweg beantwortete der Angeklagte mit sehr unwahrscheinlichen und unwahren Antworten. Andererseits sieht es der Senat nicht für erwiesen an,dass sich Bullerjahn aus Furcht vor der ausländischen Kommission von dem Rundgang der Kontrolloffiziere ferngehalten hat. Geldgier als Motiv des Landesverrats kommt gleichfalls nicht in Frage. Schliesslich unterstellt das Gericht,dass von der Interalliierten Kontrollkommission gelegentlich auch unvorhergesehene Kontrollen durchgeführt wurden.

+

Walter Bullerjahn ist mangels an Beweisen freigesprochen,das Ziel der Verteidigung war: Freispruch wegen erwiesener Unschuld. Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht der Verlauf der Wiederaufnahmeverhandlung genügend Klarheit darüber geschaffen hat,dass der Waffenverrat tatsächlich von anderer

Seite begangen worden ist. Ein Zeuge, der Chauffeur der Interalliierten Kontrollkommission, machte in dieser Richtung recht eindeutige Aussagen.

Wie man aber auch zu dem Spruch des Wiederaufnahmegerichts steht: gerichtet ist mit ihm auf alle Fälle das Urteil des vierten Strafsenats vom 11.Dezember 1925, der dem Angeklagten nicht Gelegenheit gegeben hat, seinem Hauptbelastungszeugen,dem Generaldirektor von Gontard, Auge in Auge gegenüberzustehen. Das Reichsgericht begnügte sich damals unter Verletzung der Strafprozessordnung mit der Aussage eines "ungekannten Vertrauensmannes,dessen Glaubwürdigkeit über allem Zweifel erhaben ist". Wie sehr das Reichsgericht seinerzeit gegen den Rechtsgedanken gehandelt hat, ist mittlerweile klar geworden.Herr von Gontard hat selbst ausgesagt,dass er an Gedächtnisschwäche leidet. Seine Aussage kam dem Gericht auch sonst recht merkwürdig vor. Sie ist jetzt völlig unter den Tisch gefallen. Aber vor sieben Jahren wurde Bullerjahn aufgrund dieser Aussage zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf Grund dieser Aussage hat Bullerjahn 6 Jahre,3 Monate,18 Tage im Zuchthaus gesessen - vermutlich unschuldig!

Wenn das dem Lagerverwalter Bullerjahn angetane Unrecht nicht wiedergutgemacht,aber wenigstens zum Teil revidiert worden ist,so ist das nicht zuletzt dem verstorbenen sozidaldemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Levi,der als erster das Vorgehen des Reichsgerichts im Reichstag gebrandmarkt hat,zu danken. Wenn wir niemals letzte Klarheit über die Frage von Bullerjahns Unschuld oder Schuld bekommen, so hat das "politische" Gründe: Frankreich ist nicht geneigt, den jetzt in Nacy lebenden Leutnant Jost vernehmen zu lassen, um keinen "Präzedenzfall" zu schaffen. Die Aussage des Leutnant Jost,von dem im übrigen niemand die Preisgabe seiner Gewährsleute verlangt hätte,wäre entscheidend gewesen. Er hätte wiederholt, was er schon privat gesagt haben soll: dass Bullerjahn nicht der Verräter sei. So bleibt nur zu hoffen,dass man einmal erkennen wird, dass das Recht auf Humanität auch Präzedenzfälle schaffen darf. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hängen nicht von Formalitäten ab.

\+ + +

Der Giftkoch. Vor dem Schwurgericht Görlitz beginnt am Montag die Verhandlung gegen den des 5fachen Giftmordes angeklagten 35jährigen Schuhmacher Eduard Just aus Klein=Partwitz. Der Angeklagte hat nach und nach seine zweite Frau, seinen Schwiegervater, die Schwägerin,deren Ehemann und Kind mit Arsen,das er ins Essen mischte, vergiftet. Höchstwahrscheinlich sind Just noch weitere Verbrechen zur Last zu legen. Nach den bisherigen Ermittlungen hat ihn in jedem der Fälle nackte Geldgier zur Mordtat getrieben. Die Verhaftung des Angeklagten erfolgte bei der Beerdigung seines letzten Opfers; ein Geständnis legte er erst im Kreuzverhör vor der Breslauer Mordkommission ab. Die Dauer des Prozesses, zu dem 32 Zeugen und 12 ärztliche Sachverständige geladen sind, wird auf vier Tage veranschlagt.

\+ + +

Alkoholschieber. Die schweizerische Zollverwaltung hat der Genfer Firma Messmer A.G. eine Zollstrafe von 8 Millionen Franken auferlegt.Die Firma hat durch Einfuhr von Alkohol 1,3 Millionen Franken Zoll hinterzogen. In die Lieferwagen der Firma waren kleine Behälter eingebaut, die gefüllt mit billigem Rotwein,den darunter eingefüllten Sprit verdeckten. Der Schwindel ging über ein Jahr gut, bis auf einem italienischen Grenzbahnhof einer der Zisternenwagen beim Rangieren einen Zusammenstoss erlitt,sodass der Spiritus ausfloss. Die beiden hauptschuldigen Direktoren der Firma Messmer befinden sich seit der Entdeckung auf französischem Boden. In ihrem Hotel im Grenzort Annemasse gaben sie der Genfer Presse Interviews über ihren Streich. Als Pression hat die Firma Messmer ihre Arbeiter und Angestellten entlassen. Gegenwärtig finden Verhandlungen in Bern statt, um eine Ermässigung der Zollstrafe zu erreichen.

\+ + +

Verkehrskatastrophe. In Wien stiess ein Lastauto mit einer Strassenbahn zusammen. Das Auto wurde zertrümmert; drei der Insassen verunglückten tödlich. Mehrere Fahrgäste der Strassenbahn erlitten Verletzungen.

+ + +

Mord. In einem Hause in Berlin-Tegel wurde am Sonnabend mittag der 42 Jahre alte Versicherungsgeneralagent Johannes Bessert in seiner Wohnung mit zertrümmerter Schädeldecke aufgefunden. Der Leichnam lag in einer grossen Blutlache; der Kopf des Toten war mit Kissen und Betten bedeckt. Allem Anschein nach hat zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden. Ein Stuhl scheint als Waffe benutzt worden zu sein. Kleiderschrank und Komode waren durchwühlt; eine Geldkassette fehlt. Nach Bekundungen von Hausbewohnern hat Bessert wegen seiner abnormen Veranlagung viel in zweifelhaften Lokalen verkehrt. Oft freundete er sich mit jungen Burschen an. Man vermutet, dass er einem von ihnen zum Opfer gefallen ist. Die Mordkommission verfolgt bereits eine bestimmte Spur.

+ + +

Ein "Kriegsverräter". Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts - demselben, der Bullerjahn freisprach - begann am Sonnabend eine Verhandlung gegen den 42 Jahre alten Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt. Der Angeklagte soll am 14. April 1915 von der deutschen Front zu den Franzosen übergelaufen sein und einen geplanten Gasangriff verraten haben. Im Jahre 1920 war das Verfahren gegen Jäger wegen Mangels an Beweisen eingestellt worden. Nunmehr glaubt das Gericht in den Besitz der belastenden Indizien gekommen zu sein. Jäger selbst bestreitet, den Franzosen nach seiner Gefangennahme verräterische Aussagen gemacht zu haben. Es sollen 11 Zeugen und drei Sachverständige vernommen werden.

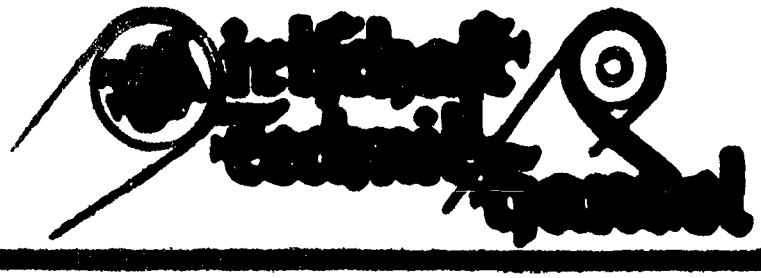
+ + +

Gross-Sender München. Am Sonnabend wurde im Erdinger Moos (nördlich von München) der neue 60 KW starke Gross-Sender des bayerischen Rundfunks eingeweiht. Staatssekretär Dr. Neumayer vom Reichspostministerium übergab den Sender, den er als "Meisterwerk der deutschen Ingenieurkunst" bezeichnete, der Oeffentlichkeit. Der bayerische Kultusminister Dr. Goldenberger betonte, dass Bayern grössten Wert darauf legen müsse, dass bei allen deutschen Sendern die Selbständigkeit der Programmgestaltung gewahrt werden müsse. Intendant Boeckmann gab die Parole aus: "Die bayerische Funkarbeit an die Front!"

Die neue "Niobe". Der Hamburger Werft Blohm & Voss wurde von der Marineleitung in Berlin der Bau des Segelschulschiffes "Ersatz Niobe" übertragen. Die endgültige Namensgebung erfolgt erst beim Taufakt durch den Reichspräsidenten, vermutlich im Juli 1933.

+ + +

Das künstliche Herz. In Budapest hat ein amerikanischer Arzt namens Dr. Gibbs ein künstliches Herz demonstriert. Dr. Gibbs hat eine elektrische Apparatur erfunden, die während mehrerer Stunden das Herz im Körper eines lebenden Tieres zu ersetzen und den Blutkreislauf hervorzurufen vermag. Die merkwürdige Apparatur besteht aus einer Metalltrommel, die zwei verschlossene Gummibeutel enthält. Durch Einführung elektrischen Stromes in die Trommel erfolgt die Aktivierung eines elektrischen Magneten. Der Magnet reguliert die Menge des in die Trommel strömenden Wassers. Auf diese Weise werden die Gummibeutel in bestimmten Zeitabständen zusammengedrückt und wieder ausgedehnt. Wenn die Gummibeutel zusammengedrückt werden, strömt durch die Ventile des künstlichen Herzens das Blut in den Körper. - Dr. Gibbs behauptet, durch Narkotisierung des Versuchstieres jede Tierquälerei vermieden zu haben. Sofort nachdem aus dem Körper des Tieres das normale Herz entfernt worden war, wurde das künstliche operativ eingeführt und in Tätigkeit gesetzt.



Kumpels im Arbeiterparadies.

Erlebnisse westfälischer Bergleute in Sowjetrussland.

SPD. Im September 1932 fuhren 12 Bergleute aus dem Dortmunder Revier nach Russland, um im Arbeiterparadies ihr Glück zu versuchen. Westfälische Kommunisten hatten ihnen Russland, mit Hilfe eines Films, in den glänzendsten Farben geschildert. Führer der zwölf aus dem westfälischen Kohlenpott war ein kommunistischer Funktionär aus der Gegend von Dortmund. Die Fahrt bis zur Grenze bezahlte das Wohlfahrtsamt. Immerhin nahmen sie, jahrelang arbeitslos und ausgesteuert, aus Deutschland noch einen guten Anzug und ihre Uhren mit. Zu ihrem Glück. Ohne diese Wertobjekte wäre es ihnen nicht so leicht möglich gewesen, das Sowjetparadies möglichst schnell zu verlassen.

Russland selbst hatten sie sich etwas anders vorgestellt. Links und rechts der Eisenbahn sahen sie Elendshütten, "wie man sie in Deutschland nicht zu sehen bekommt". Das ernüchterte und enttäuschte. Aber der Führer, der kommunistische Funktionär aus Dortmund, tröstete: "Kommt erst nach Moskau, dann werdet ihr überwältigt sein und weinen."

So kamen sie nach Moskau. Dort haben viele von ihnen geweint. Aus Missmut und aus Enttäuschung. Schon am Moskauer Bahnhof sahen sie "so viel Elend, dass ihnen alle Lust verging, Streifzüge durch die Stadt zu machen". Auf dem "Bahnsteig liefen, hemmungslos und unbehindert, in Lumpen gehüllt, schon nicht mehr menschenähnliche Bettlergestalten umher", die sogar den "Funktionär aus Dortmund erschreckt sein liessen". Am meisten Eindruck scheint aber auf die deutschen Kumpel das Moskauer Preisniveau gemacht zu haben. Nach ihrer Beobachtung galt der Rubel in Russland ungefähr so viel wie in Deutschland die Mark. Für ein primitives Mittagessen im Moskauer Bahnhofsrestaurant mussten sie 4,50 Rubel zahlen. Dafür erhielten sie "einen Teller Kohlsuppe, zwei Frikadellen, bei denen nicht festzustellen war, woraus sie bestanden, und ein paar Kartoffel". Bei der Abfahrt nach Sibirien - die Fahrt ging nach Prokojewsk - erhielten sie Waren, für die 12 Rubel angerechnet wurden: 1 Pfund Wurst, ½ Pfund Käse, 1 Büchse Oelsardinen, 1/4 Pfund Zucker und 2 Brote. Sie rechneten nach und kamen zu dem Schluss, "dass man in Deutschland für den ganzen Zauber, reichlich gerechnet, 3,50 Mark gezahlt hätte". Mit den Lebensmitteln hatte es auch so seine Bewandtnis. Die Wurst war für den Geschmack der westfälischen Kumpel ungeniessbar. Sie wurde fortgeworfen oder an die Russen verschenkt, "die gierig danach griffen". Der Schaffner des Zuges, in dem sie fuhren, bekam auch von der Wurst, "war sehr erfreut und sagte, er selbst sei nicht in der Lage, sich jemals Wurst zu kaufen."

Immer wieder taucht in den Schilderungen der westfälischen Kumpels das hohe Preisniveau und die Versorgungsnot in Russland auf. Sie sahen z.B. in Moskau viele leere Geschäfte mit leeren Schaufenstern. Wo aber Menschen auf der Strasse Schlange standen, da wurde in einem sogenannten "Kooperativgeschäft verkauft" und zwar zu "Preisen, die gegenüber den deutschen Preisen beispiellos hoch lagen". Daneben gab es Freihandel. Aber hier forderte man Phantasiepreise. Die Kumpels zahlten während ihrer Fahrt nach Prokojewsk auf den Bahnhöfen für ein Viertelpfund Butter 15 bis 20 Rubel, für 2 un-

scheinbare Aepfel 1 Rubel, für 3 Steckrüben 1 Rubel, für 1 Salzhering 1 Rubel usw. Enttäuscht stellen sie fest: wer Geld hat, lebt auch in Russland gut, wer kein Geld hat, darbt auch in Russland; mit Lebensmittelkarten sind die Lebensmittel in Russland teurer als in Deutschland, ohne Lebensmittelkarte sind sie unerschwinglich.

Endlich kommen die Kumpel in Prokojewsk an. Die Unterbringung ist sehr schlecht, obwohl die Wohnungen für deutsche Bergarbeiter weit besser sind als die Wohnungen für die Russen. Zu 4 Mann erhalten sie zwei Zimmer oder zu 3 Mann ein Zimmer. Die grosse Enttäuschung kommt in der Grube selbst. Die deutschen Steiger verdienen in Prokojewsk 400 bis 600 Rubel, die deutschen Bergarbeiter - die Russen verdienen weit weniger - kommen im Durchschnitt nicht an 150 Rubel im Monat heran. Schon während der ersten Schicht wird vorgeschlagen "sofort nach Deutschland zurückzukehren", und zwar ist es besonders der kommunistische Funktionär aus Dortmund, "der keine Schicht mehr machen will". Aber man tröstet ihn; er soll noch bleiben. Man werde sich noch gewöhnen. Bei schwerster Arbeit, durchweg Akkord, bringen sie es pro Schicht auf 2 Rubel. Für das Essen in der Kantine müssen sie aber mehr bezahlen als sie verdienen. Dabei ist das Essen schlecht und nicht zureichend. Morgens soll es 33 1/3 Gramm Butter geben. Die Butter fehlt jedoch oft und so bleibt es bei trockenem Brot. Mittags gibt's Kohlsuppe, einen "undefinierbaren Gulasch", wenn Kartoffel, aber viel Reisbrei, der anscheinend keine Gegenliebe fand. Die Mengen sind vorgeschrieben. Mehr gibt's nicht. Dabei merken die Kumpels aus Dortmund, dass auch im Sowjetparadies die Vorgesetzten, die sogenannten Spezialisten, in diesem Falle die Steiger aus Deutschland, andere Mägen haben als die Kumpels. Denn für die Vorgesetzten gibt es reichlicheres und besseres Essen. Die Waschkaue spricht aller Hygiene Hohn. Zwei Brausen, eine Badewanne und drei Waschschüsseln müssen für eine Belegschaft von 250 bis 300 Mann, die in vier Schichten arbeiten, ausreichen. An Werkzeug ist grösster Mangel.

Die Kumpel aus Dortmund versuchen immer wieder, sich zu gewöhnen. Aber es geht nicht. So "hauen sie ab", mit ihnen der kommunistische Funktionär aus Dortmund. Nun können sie ihre Pässe nicht kriegen. Sonntagsanzüge und Uhren müssen sie verkaufen, um Fahrkarten zu erhalten. Der russische Trust, bei dem sie beschäftigt waren, erklärt: "Unseretwegen könnt Ihr verrecken". Während sie auf ihre Pässe warten, erlaubt man ihnen, auf der Treppe im Trusthotel zu schlafen. Als die Dinge zu bunt werden, gehen sie zur russischen Gewerkschaft und diese bekümmert sich auch um die Dinge, aber mit der Ermahnung: "Die deutschen Kumpel sollten doch Russland draussen nicht schlecht machen; denn Russland sei doch ein Arbeiterstaat".

So langen sie wieder in Dortmund an. Die Dortmunder Kumpels hätten ihre Erlebnisse im "Arbeiterparadies" nicht niedergeschrieben und den "Arbeiterstaat" nicht schlecht gemacht, wenn einige Kommunisten, die mit in Prokojewsk gewesen waren, nicht erklärt hätten, die Dortmunder Kumpels, die Sowjetrussland nicht loben, seien "Quertreiber und Faulenzer" und sie selbst seien nur - obwohl das Klima in Prokojewsk zur Zeit der Abreise der Kumpels nicht anders war als in Dortmund - nach Deutschland zurückgekehrt, weil sie das Klima in Russland nicht vertragen konnten".

SPD. Die Wohnungszählung in Berlin von Anfang Oktober 1932 ergab 26 655 leerstehende Wohnungen und 23 028 leerstehende Gewerberäume. Von den Leerwohnungen entfallen 15 125 auf sogenannte Kleinwohnungen bis zu 4 Wohnräumen, wobei allerdings Küchen, Kammern usw. als Wohnräume gerechnet wurden.

Nach dieser Zählung beträgt in Berlin das Wohnungsangebot 2 % gegenüber etwa 3 % in der Vorkriegszeit. Aus dem statistischen Ergebnis darf man nicht folgern, dass auf dem Berliner Wohnungsmarkt einigermassen ein Gleichgewicht erreicht sei. Das ist keineswegs der Fall. Vielmehr dürften recht viele Woh-

nungen in Berlin leerstehen, weil die Bevölkerung infolge des gesunkenen Einkommens, der Arbeitslosigkeit usw. die Miete selbst für eine bescheidene Behausung nicht mehr aufbringen kann. Der beste Beweis dafür ist wohl die Tatsache, dass sich einige hunderttausend Berliner im Laufe der letzten Jahre auf sogenanntem Laubengelände angesiedelt haben und zwar in durchaus ungenügender Weise oder so, dass die Laubenbewohner bedenklich den Schrecken des Winters preisgegeben sind.

SPD. Die Konsumgenossenschaft Berlin, die ihren Abschluss für das verflossene Geschäftsjahr vorlegt, wurde durch die Krise und die Finanzkatastrophe vor besonders schwere Aufgaben gestellt. Die geradezu stürmische Steigerung der Mitgliederzahl und des Umsatzes während der Konjunkturjahre zwang zu starken Erweiterungen. Wenn sich die Berliner Konsumgenossenschaft nicht überflügeln lassen wollte, musste sie mitgehen und diesem Zwang Rechnung tragen. So ist viel Schönes und Gutes geschaffen worden. Mit den steigenden Auswirkungen der Krise hiess es aber, alle Energie und alle Kraft zusammenzufassen, um das einmal Geschaffene für die organisierten Verbraucher zu retten. Wie stark die Krisenstösse gegen die Berliner Konsumgenossenschaft waren, beweist wohl die Tatsache, dass sich ihre Spareinlagen vom Juli 1931 bis Ende Juni 1932 um nicht weniger als 21 Millionen Mark, von 49 auf 28 Millionen, verringerten. In der Zeit vom Juli 1932 bis Ende November 1932 mussten weiteren 2¾ Millionen Mark ausgezahlt werden. Diese finanzielle Leistung wurde von der Berliner Konsumgenossenschaft in der Hauptsache mit eigenen Kräften durchgeführt. Unter den ausgezahlten 24 Millionen Mark befinden sich nur 3 Millionen Mark fremde Kredite.

Der Umsatz betrug für das abgelaufene Geschäftsjahr 1931/32 rund 57,2 Millionen Mark gegenüber etwa 76 Millionen Mark im Vorjahr. Damit ging der durchschnittliche Umsatz je Mitglied von 385 Mark auf 308 Mark zurück. Rein rechnungsmässig beträgt der Umsatzrückgang 25,40 %. Der Preisabbau macht beim Berliner Konsumverein aber rund 30 % aus. Daraus ergibt sich, dass der Umsatz mengenmässig glatt gehalten werden konnte.

In der vorliegenden Bilanz musste dem Wertrückgang während des Katastrophenjahres Rechnung getragen werden. Die Bilanzsumme verringerte sich von 62,5 Millionen Mark im Vorjahr auf 47,71 Millionen Mark. Bei Einrichtungen, Maschinen und Betriebsanlagen sind nicht weniger als 7,145 Millionen Mark abgeschrieben worden und beim Grundbesitz rund 757 Millionen Mark. Diese erheblichen Abstriche von den Vermögensbeständen in Höhe von 7,902 Millionen Mark führten zu einem Bilanzverlust von 6,106 Millionen Mark, der sonst nicht eingetreten wäre. Die Generalversammlung beschloss zur Deckung des Verlustes die Rücklage mit 2,064 Millionen Mark abzuschreiben und den Verlustrest in Höhe von 4,042 Millionen Mark als Teilbetrag den Geschäftsguthaben zu entnehmen. Infolgedessen werden die Geschäftsguthaben bis zu 30 Mark abgebucht. Der Schnitt bei der Berliner Konsumgenossenschaft war notwendig und klug. Mit der Verminderung der Gebäude- und Einrichtungswerte um rund 8 Millionen Mark ist die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sichergestellt. Die Berliner Konsumgenossenschaft kann ihre Mitglieder höhere Leistungen und in Zukunft auch wieder eine Rückvergütung bieten. Die organisierten Verbraucher in Berlin haben durchaus Verständnis für die vorgenommene Umstellung. Trotzdem mit einer Abbuchung der Guthaben zu rechnen war, sank die Mitgliederzahl während des Geschäftsjahres nur von 199 106 auf 185 134. Die Konsumgenossenschaft Berlin wird diesen Verlust im Mitgliederbestand auswetzen.

SPD. Reichsbankpräsident Dr.Luther hat am Sonnabend in München auf der Jahrestagung des Bundes der Freunde der Technischen Hpchschule eine Rede gehalten,in der er sich zur Durchführung öffentlicher Arbeiten,vor allem durch die Kommunen,bekannte. Die Stellungnahme Luthers dürfte von grösster Bedeutung für die Arbeitsbeschaffungspläne des gegenwärtigen Kabinetts sein.

Im grossen und ganzen gab Luther in seinen Ausführungen den Fehlschlag der Papenschen Wirtschaftsinitiative zu. Hinsichtlich der Steuergutscheine bemerkte er, dass es noch zu früh sei, ein endgültiges Urteil darüber abzugeben, ob sich der mit den Steuergutscheinen verbundene Gedanke, die privatwirtschaftliche Initiative in der Wirtschaft durch Steuernachlass anzuregen und zu fördern, bewährt habe. Dagegen sei von den 700 Millionen Mark,die im Papenprogramm für öffentliche Arbeitsbeschaffung bereit gestellt sind, bis jetzt nur ungefähr die Hälfte durch wirkliche Auftragserteilung verwertet worden. Die Reichsbank habe in diesem Zusammenhang angeregt, ob nicht gewisse, erst im Frühjahr mögliche Arbeiten zurückgestellt und die dadurch freiwerdenden Kredite für alsbald ausführbare Arbeiten verwendet werden können. Für die Durchführung der von der Reichsbank gegebenen Anregungen stehen gegenwärtig 350 Millionen Mark zur Verfügung. Wir wollen hoffen,dass diese Mittel ohne Versäumnis der Arbeitsmarktbelebung zugeführt werden.

Luther ging weiter auf den Teil des Papenschen Wirtschaftsprogramms ein, nach dem die Regierung 700 Millionen Mark als Prämie für Einstellung von Arbeitslosen bereit stellt. Der Reichsbankpräsident bescheinigt der Regierung Papen,dass die Einstellungsprämie ein völliger Fehlschlag gewesen ist. Luther wies u.a. darauf hin,dass er von vornherein Bedenken gegen diese Prämien gehabt habe und zwar grundsätzlicher Art, weil sie nur eine Subvention privaten Geschäftsbetriebs darstellten. Von den 700 Millionen Mark,die die Regierung Papen als Einstellungsprämien bewilligt hat, sind kaum 200 Millionen Mark in Anspruch genommen worden. Luther zieht aus diesem Fiasko den Schluss,dass die Privatwirtschaft auf Grund des Verlaufs der ganzen Aktion nichts dagegen haben könne, wenn dieser Teil der Reichshilfe für die öffentliche Auftragserteilung ausgenutzt wird, noch dazu "der bei weitem grösste Teil der zu vergebenden öffentlichen Arbeiten an Unternehmer vergeben werden muss,wobei es sehr erspriesslich wäre,wenn recht viele kleine und mittlere Unternehmer herangezogen würden."

Zum Schluss setzte sich Luther dafür ein,dass,wenn Steuergutscheine unter Aufhebung des bisherigen Verwendungszweckes zur Finanzierung öffentlicher Aufträge verwendet werden, den Gemeinden die Bezahlung dieser Steuergutscheine weitgehend durch das Reich erleichtert werden müsse.

SPD. Durch einen besonderen Erlass Stalins ist der gesamten Landwirtschaft in den Gebieten von Moskau und der Tatarenrepublik die Erlaubnis zum freien Getreidehandel erteilt worden. Dieser aufsehenerregende Schritt wird damit begründet,dass die in Frage kommende Landwirtschaft das vorgeschriebene Getreide pünktlich an die Regierung abgeliefert habe. Da im freien Handel für Getreide Phantasiepreise erzielt werden, bedeutet die von Stalin verordnete Durchbrechung der Sozialisierung der Landwirtschaft eine beträchtliche Subvention an den Getreidebau.

SPD. Berliner Butterpreise vom 3.Dezember.Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I.Qualität 113, II. 106 RM, abfallende Ware 95 RM.

Mehl niedriger.

(Berliner Getreidebörse vom 3.Dez.)

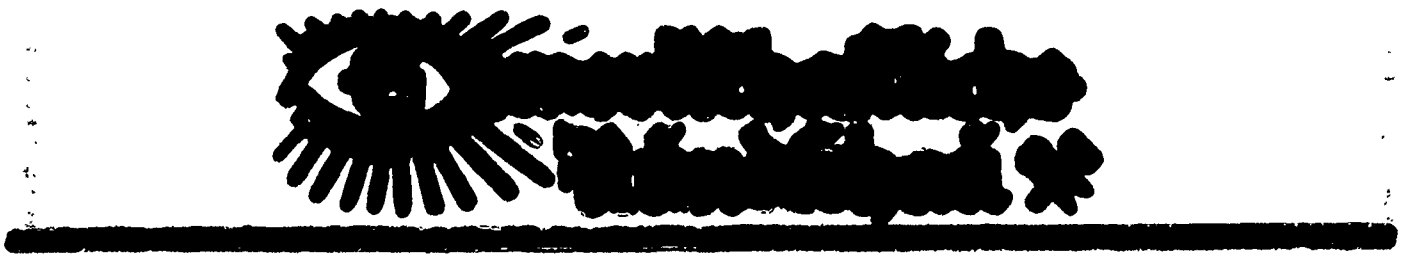
SPD. Am Sonnabend lag starkes Angebot am Markt. Um dem Angebot ausz=uweichen, wurden am Lieferungsmarkt die Notierungen um bis 1 Mark her=untergesetzt. Ausserdem wurden Offerten bei der Notierung zurückgezogen,um einen stärkeren Druck auf die Preise zu vermeiden. Am Promptmarkt büsste Roggen, der in der Hauptsache von den Stützungsstellen aufgenommen wurde, etwa 1 Markein. Auch Weizen wurde mit 1 Mark niedriger bezahlt. Das Angebot der Mühlen blieb z.T. um 2 Mark hinter den Freitagnotierungen zurück. Im Verlauf der Börse ging auch der Mehlpreis zurück. Die Frage einer Brotpreis=senkung dürfte damit stärker in den Vordergrund rücken.

	2.12.	3.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	192 - 194	191 - 193
Roggen	153 - 155	152 - 154
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter= und Industriegerste	123 - 128	123 - 128
Weizenmehl	24,00 - 27,00	24,00 - 26,75
Roggenmehl	19,75 - 22,10	19,75 - 22,00
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,45 - 9,75
Roggenkleie	8,80 - 9,15	8,80 - 9,15

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 204½ - 204½ (Vortag 205½), März 207 - 207 (207½), Mai 210 - 210 (210¾). Roggen Dezember 165 - 165 (165¼), März 169 - 169 (169½), Mai 172½ - 172½ (173). Hafer De=zember - (130½), März - (134), Mai - (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 3.Dezember). Die notierten Preise sind Abgabe=preise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. A.Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier I.G 1.(vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 13, Grösse A unter 65 - 60 g 12,50, Gr.B 60-55 g 11,75, Gr.C 55 - 50 g 9,50, Gr.D 50-45 g 8,50; II. G2 (frische Eier)Sonder=klasse 65 g und darüber 12,50, Gr. a 12, Gr. B 11,25, Gr. 9, Gr.D 8; Deut=sche sortierte Eier: 1. vollfrische Sonderklasse 12,25, Gr.A 12, Gr.B 11,50, II. frische Grösse B 11,25, Gr.C 8,50; deutsche unsortierte Eier III deutsche abweichende kleine,mittlere und Schmutzeier 6,75 - 7. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 11 - 11,50, 17er 10,75 - 11, 15½ - 16er 10,leichtere 7,25 - 8, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 10,50, 17er 10, 15½ - 16er 9,25 - 9,75, leichtere 7 - 7,50, Rumänen 7,50 - 8,50, Ungarn und Jugoslawen 7,75 - 8,25, Russen b) normale 7 - 7,50, Polen b) normale 7 - 7,50,abweichen=de 6,50, kleine, Mittel= und Schmutzeier 6 - 6,50, C.Kühlhauseier: Ausländi=sche extra grosse 9, grosse 7,75 - 8, normale 7, Chinesen und ähnliche grosse 8, normale 6,50 - 7, kleinere 6. D. Kalkeier: und andere konservierte:extra grosse -, grosse 7,50, normale 6,75. E.Sonstige Eier: Argentinier 7,75. Wit=terung: schön. Marktlage: abwartend.



Sozialpolitischer Wiederaufbau.

SPD. Die Totalpleite des Papenkurses auf sozialpolitischem Gebiet muss für die Arbeiterschaft Veranlassung sein, schon jetzt, wo nach allgemeiner Auffassung die Krise ihren Tiefstand erreicht hat, für eine Lösung des Problems des sozialpolitischen Wiederaufbaus den Weg frei zu machen. Gewiss werden im Laufe des Winters noch dringlichere Fragen und Sorgen bewältigt werden müssen; denn sehr wahrscheinlich wird in Kürze die Nazi-Kozi-Front, die bei dem Berliner Verkehrsstreik so schön in Erscheinung getreten ist, sich für die Schaffung von unfruchtbaren Konflikten redlich bemühen. Das darf aber nicht davon abhalten, gerade jetzt im Zusammenhang mit den Misserfolgen Papens von neuem die Irrtümer der sozialreaktionären Front, die unter dem Druck der Krise so manchen Kopf verwirrt haben, aufzudecken, damit rechtzeitig eine vernünftige und fruchtbare Erörterung über den Grundriss des sozialpolitischen Wiederaufbaus in Gang kommt.

In der Arbeitslosenfrage hat der Papenkurs einen vollen Misserfolg zu verzeichnen, und zwar sowohl arbeitsmarktpolitisch wie auf dem Gebiet der Unterstützungsregelung. Auch sein Vorstoss gegen das Tarif- und Schlichtungsrecht muss als ein voller Missererfolg betrachtet werden. Problematischer liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Sozialversicherung; denn die Herrenreiter sind nicht dazu gekommen, von der fürchterlichen Blankovollmacht zur restlosen Umkrempelung der deutschen Sozialpolitik, die sie sich vom Reichspräsidenten geben liessen, Gebrauch zu machen, und so auch hier sich selbst zu widerlegen. Immerhin ist auch hier bereits der Generalirrtum festgestellt: die sogenannte Krise der Sozialversicherung, von der die sozialreaktionäre Front so gerne spricht, ist keine Krise des Sozialversicherungssystems, d.h. der inneren oder äusseren Struktur der Sozialversicherungszweige, sondern nichts anderes als die fast automatische Folge der Wirtschaftskrise. Die wirtschaftliche Basis der Sozialversicherung kann entscheidend nur gestärkt werden durch Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Wiederherstellung eines ausreichenden Lohnniveaus. Sobald diese beiden Voraussetzungen gegeben sind, werden die Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialversicherung, abgesehen von Spezialfällen wie dem der Knappschaft, sehr schnell ihr gefährliches Aussehen verlieren.

Auch darf man jetzt wohl annehmen, dass allmählich eine gewisse Klärung des Sozialversicherungsbegriffs eingetreten ist. Der soziale Zweck jeder Sozialversicherung ist die Versorgung von Arbeitnehmern, denen die Verwertung ihrer Arbeitskraft dauernd oder vorübergehend, ganz oder teilweise unmöglich gemacht wurde. Der Gesichtspunkt der ausreichenden sozialen Versorgung muss deshalb beim Wiederaufbau der Sozialversicherung Leitstern bleiben, so z.B. auch in der Frage der Relation zwischen Rente und Lohn. Sind die Renten der Invalidenversicherung allgemein aufbesserungsbedürftig, dann kann man nicht mit dem Hinweis auf eine inzwischen erfolgte Lohnsenkung eine Kürzung des ohnehin schon nicht ausreichenden Rentenbezugs rechtfertigen wollen. Die einzelne Sozialleistung bleib nach wie vor auch massgebend in der Debatte über den Sozialetat der Versicherungsträger. Nicht an der Höhe der gesamten

sozialen Ausgaben, sondern nur an der Höhe der einzelnen Sozialleistungen kann man die Frage, ob Deutschland sich zu einem Fürsorgestaat im schlechten Sinn des Wortes entwickelt hat, prüfen. In einem Land, dessen Massennotstand offenkundig ist, kann nicht darüber gestritten werden, ob Hilfe geleistet werden soll, sondern höchstens nur in welcher Form. Bis jetzt ist aber noch nicht der Nachweis geführt, dass die Form der Sozialversicherung als solche sich als unzweckmässig erwiesen haben. Am allerwenigsten besteht dieser Nachweis in den bis jetzt vorgenommenen mechanischen Sparmassnahmen, mit denen man in den meisten Fällen lediglich eine Verschiebung der Unterstützungslast von der Versicherung auf die Fürsorge herbeigeführt hat.

Wo nichts zu reformieren war, hat man herumgedoktert. Wo wirklich eine Reform notwendig ist, gingen die massgebenden Stellen bis jetzt um das Problem herum wie die Katze um den heissen Brei. Für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ist bis jetzt so gut wie nichts geschehen. Diese Vereinheitlichung ist für die Gewerkschaften neben ihrer Forderung auf Stärkung der Selbstverwaltung seit langem ein wichtiges Kampfziel. Leicht zu lösen ist das Organisationsproblem nicht; denn es hängt auch mit der allgemeinen Staats- und Verwaltungsreform zusammen. An einer blossen Ersetzung des Einflusses der Länderbürokratie durch den Einfluss der Reichsbürokratie haben die Gewerkschaften kein Interesse. Sie wollen eine Vereinheitlichung, die es der Sozialversicherung ermöglicht, ihre Aufgaben frei von partikularistischen Tendenzen im Reichsmasstab einheitlich und gleichmässig zu erfüllen.

Die Frage der Sozialversicherungsreform ist im tiefsten Grunde eine Frage der Staatsgesinnung. Sie verlangt daher eine klare Entscheidung zwischen individualistischem und kollektivistischem Denken. Der Versuch, die Arbeiterklasse in Berufsstände aufzuspalten und damit Privilegien kleiner Schichten zu schaffen, während ein grosser Teil ins Leere fällt,-jeder Versuch, die Sozialversicherung in ihrem Gedeih und Verderb abhängig zu machen von der Zufälligkeit der Prosperität eines Gewerbes oder eines Bezirks muss aufs stärkste bekämpft werden. Die Sozialversicherung muss vom Prinzip der Solidarität beherrscht werden. Dieses Prinzip, das z.B. auch für die Krankenversicherung die Bedeutung eines Gefahrenausgleichs in den Vordergrund rückt, ist wichtiger als der etwa aus der Not des Augenblicks geborene Gedanke, Mehrleistungen auf der einseitigen freiwilligen Beitragsleistung der Versicherten aufzubauen. Eine Sozialversicherung, die Bestand haben soll, muss auf der Basis einheitlicher Leistungen und Beiträge ruhen, muss gesichert sein gegen eine Atomisierung durch Versuche, die günstigen Risiken aus der grossen Masse der Versicherten loszulösen, um darauf Sonderkassen aufzubauen. Nicht vereinzelte Spitzenleistungen einzelner Kassen, sondern Sicherung eines ausreichenden Durchschnittsniveaus der Leistung ist das wesentliche.

Im Kampf um den sozialpolitischen Wiederaufbau muss die Arbeiterklasse heute mehr denn je ihr grosses Gemeinschaftsideal, den Gedanken des Kollektivismus herausstellen. Dieses Gemeinschaftsideal möchte die Sozialreaktion zerstören, weil sie nur so einen Sieg von Dauer davontragen kann. Und also muss zur Verteidigung dieses Ideals der geschlossene Widerstand der Arbeiterschaft eingesetzt werden.

SPD. Der Beschluss des Verwaltungsrates der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, wieder Kindergeld und Waisenrente für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr als Mehrleistung zu gewähren, wenn und solange diese Kinder Schul- oder Berufsausbildung erhalten oder gebrechlich sind, verpflichtet auch die Ersatzkassen der Angestellten. Der Beschluss trat mit dem 1. Dezember in Kraft. Bei Renten, die am 1. Dezember 1932 bereits liefen,

wird auf Antrag der Kinderzuschuss, bezw. die Waisenrente im neuen Umfang vom 1.Oktober 1932 rückwirkend gewährt.-

Die Beratung des Verwaltungsrates wurde, wie uns aus dem Afa-Bund geschrieben wird, von den Vertretern des Bundes benutzt, um erneut allerschärfsten Protest gegen die neueste Auslegung der Bestimmungen der 5.Notverordnung für die Wanderversicherung einzulegen, die den Ungerechtigkeiten gegen die Wanderversicherten die Krone aufsetzen. Zu den "Leistungsvoraussetzungen" der Invalidenversicherung gehört an sich auch die Erfüllung der Wartezeit in der Invalidenversicherung, und in steigendem Masse ist man in letzter Zeit dazu übergegangen, den Text der Notverordnung wörtlich zu nehmen, also zum Beispiel von dem Werkmeister, der die Altersrente beziehen will, neben der Erfüllung der unsinnig langen Wartezeit von 180 Monaten in der Angestelltenversicherung auch noch die Erfüllung der Wartezeit der Invalidenversicherung von 750 Wochen zu fordern, ihm also praktisch eine Wartezeit von rund 30 Jahren aufzuerlegen. Der AfA-Bund hat gegen diese unhaltbare Verschlechterung der Rechtslage der Wanderversicherten vor einiger Zeit bereits schärfsten Protest beim Reichsarbeitsministerium eingelegt, der jetzt auch den gewünschten Erfolg zu haben scheint. Jedenfalls konnte als Antwort auf den nochmaligen Vorstoss im Verwaltungsrat seitens des Direktoriums die offizielle Erklärung abgegeben werden, dass eine Durchführungsverordnung in kürzester Frist zu erwarten ist, die dieser vom Gesetzgeber nicht gewollten Auslegung einen Riegel vorschiebt.

Der AfA-Bund hatte bereits vor einigen Monaten in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gefordert, dass für die ausgesteuersten Arbeitslosen die Zeiten der weiteren Arbeitslosigkeit als Ersatzzeiten für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung gerechnet werden sollen. Diese Forderung hat nunmehr die einstimmige Billigung des Verwaltungsrates und des Direktoriums gefunden. Die Durchführung dieser Forderung kann technisch so gestaltet werden, dass auch für die Angestelltenversicherung keine unerträgliche Risikobelastung entstehen muss. Auch darüber konnte jetzt völlige Einmütigkeit mit dem Direktorium hergestellt werden. Der AfA-Bund hat einen entsprechenden Vorschlag dem Reichsarbeitsministerium überreicht und angesichts der immer weiter um sich greifenden Beunruhigung der arbeitslosen Angestellten nunmehr die sofortige Erfüllung seiner Forderung verlangt.

SPD. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gegen den Abbau und die Entwertung der Arbeitslosenversicherung. Er fordert vor allem: Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf die Leistung und damit Beseitigung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, Anpassung der Unterstützung an den versicherten Lohn, ausschliesslich Verwendung der Beiträge für Zwecke der Versicherung, bessere Anpassung der Bestimmungen an die übrigen Zweige der Sozialversicherung, Verbesserung und wirkliche Vereinfachung der übertriebenen Vorschriften bei Anwartschaft, Wartezeit usw. sowie verstärkte Mitwirkung der Versicherten.